

National-Liberal oder Global-Liberal?

Der Untergang der Schweizer Altliberalen und der versuchte Aufstieg der neuen Liberalen

Klaus J. Stöhlker*

Die seit über zehn Jahren andauernde innere Krise der schweizerischen FDP, die Stagnation weiter Teile der Schweizer Wirtschaft und andauernde Abstimmungsniederlagen in der Schweizer Öffnungspolitik haben fünfzehn Vertreter der Schweizer Finanz- und Exportwirtschaft veranlasst, sich als „Freunde der FDP“ neu zu konstituieren, um der einstigen Schweizer Wirtschaftspartei strukturell und finanziell unter die Arme zu greifen. Angeführt von Peter Wuffli, dem CEO des UBS-Konzerns, der sich seit Jahren als Freisinniger bekennt und mit inhaltlichen Anregungen zur Optimierung der Parteipolitik bereits mehrfach bewährt hat, soll nun eine Partei notbeatmet werden, die als Radikalliberale Partei gestartet ist und seit zwei Jahrzehnten ihr liberales Monopol verloren hat.

Wenn sich UBS, Novartis, die CS-Gruppe, IBM und Helvetia, begleitet von prominenten Dienstleistern und anderen Exportfirmen des Landes, sowie unterstützt von einem prominenten Alt Bundesrat, aufmachen, die grosse alte Dame Freisinn zu retten, ist dies ein Vorgang von fast historischer Bedeutung. Gelingt dieser Versuch nicht, wird die bürgerliche Mitte nach den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2006 definitiv zusammenbrechen; ein Zusammenschluss der FDP mit der CVP wird unausweichlich, sollen nicht italienische Zustände aus der Vor-Berlusconi-Zeit für die politische Führung des Landes kennzeichnend werden.

Wie ernst zu nehmen der jüngste Vorstoss zur Stabilisierung der Schweizer Innenpolitik ist, lässt sich aus den Forderungen ablesen, die auch seitens „Avenir Suisse“ neuerdings erhoben werden. Aus praktisch der gleichen Quelle finanziert, gibt „Avenir Suisse“ Studien in Auftrag, die bei Verwirklichung im Kern eine wesentliche Reduktion des Lebensstandards des Schweizer Normalbürgers über die kommenden 15 Jahre und darüber hinaus bedeuten würden. Was sich in der Kombination von „Freunde der FDP“ und „Avenir Suisse“ abzeichnet, ist die Annäherung der Wirtschaft an die Politik, ein Zustand, der als „network governance“ bezeichnet wird. Die bevorstehenden schwierigen Entscheide, die unser Land einem Anpassungsdruck und Verteilungswettbewerb aussetzen werden, wie es ihn überhaupt noch nicht erlebt hat, werden in Elitennetzen zwischen Parteien und der Wirtschaft im voraus abgesprochen. Die damit vollzogene Privatisierung der Politik steht im Gegensatz zur herkömmlichen demokratischen Diskussions- und Entscheidungskultur. Auf den Einwand hin,

diese werde nicht ausgesetzt oder beeinträchtigt, lässt sich leicht erwidern, was dieser Aufwand sonst bezwecken soll.

Es muss daher hinterfragt werden, was die Zielvorgabe von Dr. Peter Wuffli bedeutet, wenn er sagt: „Wir sind überzeugt, dass die Schweiz freisinnige Lösungen braucht.“ Prioritär geht es mit Sicherheit um die Effizienzsteigerung der bürgerlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auch im neuen Parlament und mit dem amtierenden Bundesrat bisher nicht zur Senkung der weiterhin ansteigenden Staatsausgaben geführt hat. Es muss der SVP hoch angerechnet werden, dass sie mit einer konsequenteren Wirtschafts- und Finanzpolitik, mindestens als Vorgabe, glaubhaft geworden ist. Jedoch vermag nur eine mindestens ebenso konsequente FDP-Bundeshausfraktion den notwendigen Lösungsdruck zu steigern. Hier setzen die neuen Freunde der FDP an, haben aber den Blick auch auf kurzfristiger zu lösende Aufgaben gerichtet, die bevorstehenden Abstimmungen über die Bilateralen II und die Ausweitung der Personenfreizügigkeit. Beides sind Kernanliegen der Schweizer Finanz- und Exportwirtschaft, die ohne eine Öffnung der Märkte nicht reüssieren können.

Sicher gibt es aber noch längerfristige und tiefgreifende Ziele einer neuen derartigen Machtstruktur, die sich, wenn auch nicht an der ganzen SVP, so doch mindestens an Bundesrat Dr. Christoph Blocher, ausrichten kann. Dieser ist, nicht ganz unerwartet, in einen Konflikt geraten, der an Bedeutung nicht kleiner, sondern nur zunehmen kann. Der heutige SVP-Bundesrat hat einen Wählerstamm hinter sich geschart, der von ihm die Abwehr des Fremden, vor allem von Ausländern, und die Erhaltung der Abschottung des Binnenmarktes verlangt. Es sind die Deutschschweizer Alemannen, die in ihm einen der Ihrigen erkennen, dessen Urgrossvater von der Schwäbischen Alp über den Bodensee in den Voralpenraum gezogen ist, wie Hunderttausende vor und mit ihm, die ihr alemannisches Selbstbewusstsein und Selbstbestimmungsrecht mit seiner Hilfe bewahren wollen. Genau diese Rechnung geht nicht auf, denn die Schweizer Konzerne, vertreten durch Freunde der FDP, und unterstützt von einem amerikanischen Konzern, IBM, wollen die Öffnung der Schweiz und die Einschränkung der volksdemokratischen Rechte der einstigen Radikalliberalen, die Aarau zur ersten Schweizer Hauptstadt machten, die später von Bern abgelöst wurde. Blocher muss unter dem Druck des Grosskapitals jene verraten, die ihm zur Macht verholpen haben, die Bauern und das Gewerbe. Es gibt keinen Zweifel, wie dieser Kampf ausgehen wird: Der kluge Industrielle und nationale Politiker Christoph Blocher wird sich, unterstützt von der noch zu stärkenden jüngeren SVP-Wirtschaftsgruppe, angeführt vom Industriellen Peter Spuhler, der sich heute schon als kommender Bundesrat sieht, den Konzernen und der FDP zuwenden, wie immer er diese Bewegung dann auch nennen wird.

Der CVP bleibt dann nur die sozialkonservative Ecke und die Funktion eines Transmissionsriemens der neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in einige Kantone hinein, wo sie noch eine Stimme hat. Die alten

Sozialdemokraten der Aera Hubacher/Bodenmann werden dann so abgebaut sein wie die Oskar Lafontain'schen Altsozis in Deutschland. Im heutigen Parteipräsidenten Hans-Jürg Fehr sind die Konturen dieser neuen Sozialdemokratie Schweizer Art bereits erkennbar.

Nur eine politisch geschlossene Deutsche Schweiz kann sich auch gegen eine wesentlich liberalere Koalition Westschweiz-Tessin politisch durchsetzen. Dieser historische „backlag“ der Welschen dürfte sich unter dem Modernisierungsdruck der herrschenden Verhältnisse, die immer auch die Verhältnisse der politisch Herrschenden sind, allmählich auflösen; so wird die Schweiz wieder führungs- und modernisierungsfähig.

Das radikal-liberale Erbe ist tot

Ist diese Entwicklung kompatibel mit dem radikal-liberalen Erbe der Schweiz, wie es das Land zu einem der lange Zeit höchstentwickelten der Erde, dann zu einem Modell der Stagnation gemacht hat? Bedeutet die Ablösung der national-liberalen Phase der Schweiz durch eine global-liberale Phase einen Fortschritt? Wenn ja, für wen? Die alte Schweizer Freiheit, wie sie 1830 und 1848 von Freisinnigen begründet und später erweitert wurde, war erkennbar an zwei Polen: Der Freiheitsliebe des Einzelnen, wie sie in den Werken von Gottfried Keller zum Ausdruck kam, und dem Recht der freien Meinungsäußerung gegen die alten (und manchmal neuen) Eliten. Das allgemeine Stimmrecht, die Ablehnung der Unterwerfung und die individuelle Bewegungsfreiheit, wie sie heute noch in vielen Ländern, auch grossen westlichen, noch nicht realisiert ist, gab dem freien Schweizer Volk ein Selbstbewusstsein, das bis heute anhält. Das Recht nicht nur zur freien Rede, sondern auch zur Mitrede und politischen Entscheidungsfindung wird offensiv verteidigt; dies zum zunehmenden Ärger aller jener, die den störrischen Volkseitel in die Zukunft ziehen wollen.

Ende der Siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erreichte der Freisinn, verkörpert in der Freisinnigen Partei der Schweiz (FDP), seinen letzten Nachkriegshöhepunkt. Vorort, heute *économiesuisse*, und Gewerbeverband waren feste Stützen einer liberalen Politik, die von Triumph zu Triumph schritt. Lediglich die rasch zunehmenden Defizite des Bundeshaushalts in der Aera des freisinnigen Bundesrats Nello Celio waren Warnzeichen, die niemand recht ernst nehmen wollte.

Es regierte der Wirtschaftsfreisinn, das von Ulrich Bremi angeführte Quintett mit Prof. Dr. Hans Letsch, Heinz Allensbach, Dr. Peter Spälti und Richard Reich. Letzterer war wohl der einzige, der liberale Politik im modernen Sinn und menschenbezogen noch zu formulieren vermochte; er starb überraschend früh auf einer Bahnfahrt zwischen Bern und Zürich. Ulrich Bremi stieg, getragen von Rainer E. Gut, in die höchsten Höhen der Schweizer Konzerne auf, um dann an der Partei und, vor allem, an seiner Personalpolitik zu scheitern. Prof. Dr. Hans Letsch vertrat Positionen, wie sie heute von Prof. Walter Wittmann aktualisiert werden, und Dr. Peter Spälti, der allgegenwärtige

Chef der alten Winterthur Versicherungen, als sie noch ein Weltkonzern genannt werden durften, war einer der wortstärksten Lobbyisten für liberale und eigene Ideen. Er stolperte über Martin Ebner und liess sich in die finanziellen Arme von Rainer E. Gut fallen, dessen Nachfolger das hart Er kämpfte bald wieder verspielten.

Dieser heute noch berühmte Wirtschaftsfreisinn wurde abgelöst von einem Advokaten-Freisinn mit dem falschen Urner, denn eigentlich Schwyzer, und erst kürzlich eingebürgerten Franz Steinegger an der Spitze. Steinegger, unterstützt vom damaligen Nationalrat Pascal Couchepin, war Promotor der Furka-Koalition, einer engen Verbindung mit dem intellektuell starken SPS-Präsidenten Peter Bodenmann. Beide bestimmten die Neunziger Jahre mit einer Schaukelpolitik, welche die SPS in die Ursula Koch-Krise und die FDP in eine Langenberger-Bührer-Führungskrise trieb, die bis heute nicht überwunden ist. Gleichzeitig baute Christoph Blocher die SVP zur stärksten Partei der Schweiz aus.

Jedermann nannte sich nun liberal, die SVP ohnehin, die CVP zusammen mit der SPS sozialliberal. Was dabei verkam, war die echt liberale ehemalige Wirtschaftsstärke der Schweiz. Dazu Ulrich Bremi: „Wir haben die Verschärfung des globalen Wettbewerbs unterschätzt, wir haben die Härte des Wettbewerbs unterschätzt und aus diesem Grund oft die Falschen an die Spitze gewählt.“

Die liberalen Stimmen verstummten. Waren die „Basler Nachrichten“ und das „Journal de Genève“, beides liberale Fanfaren der Freiheit, schon länger verstummt, weil die Basler und die Genfer Wirtschaft die damit verbundenen Defizite nicht mehr tragen wollte, so kam auch die liberale „Weltwoche“ ins Schleudern. Drei grosse liberale Titel verschwanden innerhalb recht kurzer Zeit. Der Versuch der Migros, eine liberale „Tat“ neu aufzulegen, war nicht mehr zeitgemäss. Was blieb, war die „Neue Zürcher Zeitung“, das Flaggschiff des national-liberalen Freisinns. Sie setzte ihn früh auf Sparration und wendete sich dem Global-Liberalismus zu; der Abschied von der FDP war nur der organisatorische Nachvollzug des früh erkannten neuen Trends. Der linksliberale „Tages-Anzeiger“ blieb, laufend inhaltlich schwankend, in seiner „reservatio mentalis“. Dem global-liberalen Chefredaktor steht weiterhin ein starkes Team von sozialliberalen RedaktorInnen entgegen; auch dieser Ausgang bleibt vorläufig offen. Eine volle liberale Niederlage war der Niedergang des Berner „Bund“, der heute in einer Schutzzone innerhalb der espace media-Gruppe lebt.

Gibt es das liberale Schweizer Volk noch, jene BürgerInnen zwischen beiden Appenzell, dem Aargau und der Waadt? Vielerorts sind mit dem Niedergang der Binnenwirtschaft liberale Domestiken daraus geworden, die weder zuhause noch in der Welt Halt für ihre Überzeugung finden. In Deutschland haben die Spass-Liberalen das Kommando übernommen und kümmern an der

5%-Grenze entlang. Wer sich sonst in Europa liberal nennt, ist auf den Global-Liberalen Zug aufgesprungen. „It's the economy, stupid.“

Dem Schweizer Volk stehen zwanzig Jahre bevor, wo die Kultur des Gürtel-Engerschnallens einst paradiesisch empfunden werden wird angesichts des Kommenden: Reduzierte AHV, reduzierte 2. Säule, kaum Erträge auf der privaten 3. Säule, weil die private Sparquote sinken muss, um mehr Investitionen zu ermöglichen. Die Schweizer Verwaltung auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden, einst geschaffen für einen expandierenden Staat, wird auf Schmalkost gesetzt, denn ein rückläufiger Wirtschaftskörper wie die Schweiz braucht keine Luxus-Verwaltung mehr. Die Mehrwertsteuer wird, unter welchem Vorwand auch immer, explodieren.

Die Zeit des National-Liberalismus ist ebenso vorbei, wie der Nationalstaat sich in Auflösung befindet. An seine Stelle tritt der Global-Liberalismus, der dem Kapital neue Gewinnmöglichkeiten eröffnet. Wer erfolgreich sein will, steigt früh in die neue Entwicklung ein, wie dies unsere stärksten Konzerne, besten Hochschullehrer und –studenten dies heute schon tun. Damit ist die moderne Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts an ihrem Ende angelangt. Was die „Freunde der FDP“ jetzt in die Wege leiten, muss an der neuen globalen Messlatte gemessen werden.

*Klaus J. Stöhlker ist Unternehmensberater für Öffentlichkeitsarbeit in Zollikon/ZH